

Die Reihen der Partei festigen - ideologisch streitbar sein!

Die Parteiwahlen sollen dazu beitragen, die Aktivität der Mitglieder und Kandidaten unserer Partei und ihre Kampfkraft zu erhöhen. Sie sollen die Grundorganisationen befähigen, mit allen Bürgern unseres Staates eng und kameradschaftlich zusammenzuarbeiten, um unsere Deutsche Demokratische Republik, unser sozialistisches Vaterland, allseitig zu stärken. So werden die Wahlen mithelfen, daß die Bürger unseres Staates mit allen ihren Fähigkeiten und Talenten die Beschlüsse des VII. Parteitag und die im Volkswirtschaftsplan 1968 gestellten Aufgaben zur Tat werden lassen...

Wir müssen während der Parteiwahlen unter uns Genossen und auch mit den anderen Bürgern über diejenigen Fragen sprechen, die das Leben stellen. Wir müssen ideologisch streitbar sein. Alle Parteimitglieder sollen einbezogen werden in die ständige umfassende Offensive gegen die imperialistische Ideologie. Die Aktivität der Parteiorganisationen muß wachsen, weil Verantwortung und Aufgaben der Partei wachsen. Wir wollen die Ausstrahlungskraft der Parteiorganisationen vergrößern, insbesondere durch bessere Arbeit in den Gewerkschaften und im Jugendverband. Das, was wir erreichen wollen, bedarf des Ideenreichtums und der Tatkraft aller Werktätigen. Wir wollen die Kampfkraft der Partei erhöhen und unsere Reihen durch die Aufnahme neuer Kräfte stärken, indem wir junge Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Wissenschaftler und Künstler für unseren Kampf gewinnen.

(Aus dem Brief des Genossen Walter Ulbricht an die Grundorganisationen zu den Parteiwahlen.)

Wie soll der sozialistische Wettbewerb geführt werden?

Fortsetzung von Seite 1

werbdokument zum Ausdruck zu bringen, daß uns mit dieser unserer sozialistischen Ordnung alles, nichts aber mit dem imperialistischen wissenschaftsfeindlichen System in Westdeutschland verbindet.

Die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus ist untrennbar mit dem Ziel, mit Umfang, mit Tempo und mit dem Ergebnis unseres Wettbewerbes und damit mit der Entwicklung sozialistischer Masseninitiative verbunden.

Die Praxis in der ersten Etappe unseres Wettbewerbes lehrt anschaulich: Überall dort, wo alle Mitarbeiter der Institute in den Wettbewerb einbezogen worden sind, das heißt, wo echte Masseninitiative geweckt, entwickelt, gefördert und genutzt wurde, sind gute Ergebnisse in Erziehung, Lehre, Forschung, Verwaltung und Dienstleistung erzielt ausgeblieben. Das zeigen die Kollegen der Zentralwerkstatt, der Fahrbereitschaft, des Industrie-Instituts, der wichtigsten Institute der Ingenieurökonomie, der Thermodynamik, der Lebensmitteltechnologie, der Forschungsstelle Hoch- und Fachschulbau der Fakultät Bauwesen und viele andere Kollektive mehr. Die Erfahrungen dieser Schrittmacherkollektive lehren uns: Echte Massenbewegung, die sich durch unsere gewerkschaftliche Arbeit überall in Gang bringen wollen, verlangt

● Leiter, die die Rolle des Kollektivs, der Masseninitiative und der sozialistischen Demokratie voll begriffen haben, deshalb bewußt und zielstrebig die sozialistische Masseninitiative wecken und fördern und sich in ihrer Tätigkeit auf die Bewegung des sozialistischen Massenwettbewerbes und das sozialistische Kollektiv stützen;

● einen hohen Grad sozialistischer Bewußtheit im sozialistischen Kollektiv und bei allen Mitarbeitern der Universität. Das bedeutet für uns, gleichzeitig ein hohes Niveau der politischen Ideologien Arbeit und der politischen Organisiertheit zu sichern;

● eine straffe und klare Ordnung an der Universität, in der sich ständig neue Initiativen entwickeln, neue Schrittmacherbeispiele und Vorbilder

entstehen, die sich in echte Massenbewegung verbastern:

● Systemregelungen, unter denen sich die Masseninitiative in hohe Effektivität in Lehre, Erziehung, Forschung, Verwaltung und Dienstleistung verwandelt und die Leistungen über ein System moralischer und materieller Anreize stimuliert werden.

Wir haben versucht, mit dem Entwurf unseres ersten Gemeinsamen Arbeitsprogramms, mit einer Ordnung des sozialistischen Wettbewerbes an der Universität und Veränderungen am Finanzplan zur Prämiordnung Schritte zu gehen, um diesen Forderungen schon besser gerecht zu werden.

Wir sind dagegen, über den Wettbewerb im Hochschulwesen jahrelang akademisierende Dispute zu führen und neue Initiativen zu zerschlagen. Wir haben angelenkt. Der eingeschlagene Weg ist richtig. Es wird auch 1968 so sein, daß wir im Wettbewerb, der jung im Hochschulwesen ist, noch viele Erfahrungen sammeln werden. Wir wissen aber auch, daß der sozialistische Wettbewerb und die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit die einzigen Methoden und Mittel sind, die vor uns stehenden Aufgaben erfolgreich zu meistern. Hier bildet das Hochschulwesen gegenüber der Industrie keine Ausnahme.

Unser Wettbewerbsdokument für das Jahr 1968 macht sehr deutlich: In diesem Jahr sind wir in eine neue Etappe der Entwicklung der sozialistischen Universität eingetreten. Diese Etappe beginnt mit der grundlegenden Neubestimmung der Ausbildungsinhalte und eines neuen Profils der Universität in Lehre und Forschung sowie mit der Einführung neuer Leistungsgrundsätze.

Mit der Verwirklichung der Aufgaben, die im Gemeinsamen Arbeitsprogramm der Universität enthalten sind, tragen wir zur Entwicklung des Teilsystems Hochschulwesen im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus bei.

So, wie wir helfen, eine den strukturbestimmenden Zweigen der Volkswirtschaft entsprechende Ausbildung und Forschung zu sichern, wie wir dazu übergehen, unsere Kräfte auf wenige Schwerpunkte zu konzentrieren, wie wir dabei im Kollektiv arbeiten, lehren und vor allem forschen, so werden wir immer wirksamer zur Stärkung der DDR und damit in der Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus beitragen. (Wird in Nr. 6/68 fortgesetzt)

Wir fragen: Wie führt die APO den Prozeß der Herausbildung sozialistischer Studentenkollektive? Welche Schlußfolgerungen zieht ihr in den Wahlen?

Heute antwortet Genosse Dr.-Ing. Schweiger, Institut für Boden- und Wasserwirtschaft

Im Bereich der APO Wasserbau - Wasserwirtschaft der Fakultät für Bauwesen sind in der Erziehungs- und Bildungsarbeit Teilerfolge sichtbar. Das konnte jedoch nur durch eine systematische Zusammenarbeit mit allen Angehörigen unserer Fachrichtung (geplante Sektion) erreicht werden.

Wir Genossen gehen bei unserer politisch-ideologischen Arbeit von dem Grundsatz aus: „Erfolg ist Pflicht - Erfolg erfordert innere Überzeugung und bewußtes Handeln.“

Es kam uns deshalb zuerst darauf an, an den Instituten der Fachrichtung diese Bereitschaft zu erwecken und ein bewußtes Handeln zu entwickeln.

Voraussetzungen

Um mit den Kollegen konstruktiv sprechen zu können, mußten wir uns in den APO-Mitgliederversammlungen das Erziehungs- und Bildungsziel für die Studenten erarbeiten und klären, welche realen Möglichkeiten bestehen, dieses Ziel zu erreichen. Nachdem bei uns Genossen Klarheit über den Stand der Erziehungs- und Ausbildungsarbeit sowie die Verbesserungsmöglichkeiten besonders im Hinblick auf die Selbsterziehung der Studenten innerhalb der FDJ bestand, wurde eine gemeinsame Beratung zwischen dem APO- sowie FDJ-Sekretär, Genossin Ziegler von der Bezirksleitung unserer Partei und den Professoren der Fachrichtung über die Unterstützung des Lehrkörpers bei der inhaltlichen Gestaltung der FDJ-Arbeit durchgeführt. Der Prodekan, Herr Professor Dr.-Ing. habil. Busch, und der Fachrichtungsleiter, Herr Professor Dipl.-Ing. Hoffmann, standen diesen Fragen äußerst aufgeschlossen gegenüber.

Im Ergebnis dieser Beratung wurden im wesentlichen folgende Feststellungen getroffen:

● Die Entwicklung sozialistischer Studentenkollektive ist eine wesentliche Möglichkeit, Erziehung und Ausbildung zu verbessern. Sie ist abhängig vom Vorbild aller Institutsangehörigen der Fachrichtung; das heißt, an den Instituten ist die Diskussion um die Aufnahme des Kampfes um den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ zu beginnen.

● Die Vorlesungen, Seminare und Übungen müssen mehr als bisher vom Lehrkörper benutzt werden, erzieherisch auf die Studenten einzuwirken, indem zu aktuellen Fragen Stellung genommen wird.

● In der FDJ-Arbeit müssen die gesellschaftlichen Interessen mit den persönlichen Interessen der Studenten in unmittelbare Übereinstimmung gebracht werden. Die Gruppenberater sollten deshalb in den Kollektiven, die um den Ehrentitel kämpfen, Erfahrungen sammeln, um die FDJ-Gruppen besser unterstützen zu können.

● Der Lehrkörper muß den Selbsterziehungsprozeß der Studenten beson-

ders im 1. Studienjahr über die Gruppenberater entwickeln.

● In der zwischen dem Fachrichtungsleiter und der FDJ-Fachrichtungsleitung abzuschließenden Vereinbarung sind die Aufgaben der staatlichen Leitung und des Lehrkörpers, der FDJ-Fachrichtungsleitung und der FDJ-Gruppen detailliert festzulegen. Unter anderem wird der Fachrichtungsleiter zweimal im Semester gemeinsam mit der FDJ-Fachrichtungsleitung und der FDJ-Gruppenleiterin über Erziehungs- und Ausbildungsfragen beraten.

● Der Kontakt zwischen Lehrkörper und Studenten ist durch die Einbe-

PARTEIWAHLEN 1968



Erfahrungen und Ergebnisse

ziehung von Studenten in die Institute, Kommissionen und im Rahmen des Studentenwettstreites in die Forschung der Institute enger zu gestalten.

● An unserer Fachrichtung sind von den Leitungskadern dadurch günstige Voraussetzungen vorhanden, daß Professor Busch die Funktionen des Prodekan für Erziehung und Ausbildung ausübt, der FDJ-Fakultätssekretär ein Absolvent der Fachrichtung ist sowie in unserer APO mitarbeitet und ich als APO-Sekretär und Oberassistent bereits ein Jahr als nebenamtlicher Fakultätsbereichsleiter im Prorektorat für Studienangelegenheiten tätig bin.

Kurs auf sozialistische Kollektive

Nach der Arbeitsberatung der staatlichen und gesellschaftlichen Leitungen im Jahre 1966 begann an den Instituten der Fachrichtung mit jedem Kollegen eine intensive Diskussion hinsichtlich

der Aufnahme des Kampfes um den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Es zeigte sich, daß durch die Klärung der Ziele des Kampfes um den Ehrentitel und die inhaltliche Gestaltung der Arbeitsprogramme Bedenken gegenstandslos wurden.

Bereits im März 1967 legte eine Arbeitsgruppe am Institut für Boden- und Wasserwirtschaft ein Kampfprogramm vor. Im Laufe des Jahres 1967 nahmen fünf Gruppen den Kampf um den Ehrentitel auf. Zwischenauswertungen ergaben, daß sich in diesen Gemeinschaften eine neue Qualität in der gesellschaftlichen und fachlichen Zusammenarbeit herausbildet. In den Arbeitsprogrammen ist unter anderem enthalten, daß diese Kollektive sich intensiv um die Bildung sozialistischer Studentengruppen der TU im Bereich der Fachrichtung bemühen werden.

In Einzelausprachen der Genossen mit den Gruppenberatern und durch die Teilnahme an FDJ-Gruppenleiterseminaren wurden die FDJ-Mitgliederversammlungen hinsichtlich der Teilnahme am Kampf um den Ehrentitel inhaltlich vorbereitet. Eine weitere Vorarbeit wurde dadurch geleistet, daß ausgehend von den Zielen im Arbeitsprogramm der fortgeschrittenen Gruppen (3. Semester - Seminargruppe 5) ein Musterarbeitsprogramm und ein Auswertungsschema für den Studentenwettstreit erarbeitet wurden. In allen FDJ-Mitgliederversammlungen traten Genossen auf und konnten so unmittelbar alle Fragen beantworten.

Häufig wurde in den Gruppenversammlungen dargelegt, daß erst durch gute gesellschaftliche und fachliche Arbeit die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um den Kampf um den Ehrentitel aufnehmen zu können.

Es konnte jedoch Klarheit darüber erreicht werden, daß gerade die Aufnahme und inhaltliche Gestaltung des Kampfes um den Ehrentitel die beste Gewähr dafür bietet, im kollektiven Ringen die Persönlichkeitsbildung auf politisch-ideologischem, geistig-kulturellem und fachlichem Gebiet zu fördern.

Die Bemühungen der staatlichen und gesellschaftlichen Leitungen der Fachrichtung zeigten den Erfolg, daß alle Gruppen des 1. bis 4. Studienjahres am 29. Januar 1968 ihre Kampfprogramme mit Erfolg öffentlich verteidigten. Die FDJ-Seminargruppenleiter legten interessanterweise die bisherigen Leistungen, Probleme und Ziele der FDJ-Seminargruppen mit hoher Qualität dar.

Als APO wünschen wir allen Kollegen und Studenten, die um den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ bzw. „Sozialistische Studentengruppe der TU“ kämpfen, viel Erfolg und verpflichten uns, sie bei der Erfüllung ihrer Ziele aktiv zu unterstützen.

In der nächsten „UZ“ berichtet Genosse Werner Pfalz aus der APO Forstökonomie.

Herausgeber: SED-Kreisleitung der Technischen Universität Dresden, Redaktionskollektiv, Redaktion: 807 Dresden, Gehlenstraße 6, Telefon: 61441 423, 427 51 und 512. Verantwortliche: Sekretäre Thomas Griebel, Redakteure: Babalore Murawski. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU-Bildstelle. Für unverlangt eingehende Manuskripte usw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 81 beim Rat des Bezirkes Dresden. Satz und Druck: Großdruck- und Verlagsbetrieb Volkstrauenschaft, Dresden, Betriebsrat Julius-Greifman-Allee 211/220B.

PROBLEME DER PARTEIARBEIT IN DER PRAXIS

Die auf einem Kolloquium der Fakultät für Technologie und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft über Probleme des Systems der fehlerfreien Arbeit anwesenden Wissenschaftler der TU, anderer Hochschulen, zentraler Institute und Betriebe begrüßen den Entwurf der sozialistischen Verfassung der DDR. Die neue Verfassung stellt unserer Volkswirtschaft die Aufgabe, Erzeugnisse in bester Qualität mit niedrigsten Kosten herzustellen, um unseren Staat politisch und ökonomisch im Klassenkampf gegen den westdeutschen Imperialismus allseitig zu stärken.

Deshalb verpflichteten sich alle Teilnehmer des Kolloquiums, ihre ganze Kraft für die Durchsetzung des Systems der fehlerfreien Arbeit einzusetzen.

Dresden, den 13. 2. 1968
Die Teilnehmer des Kolloquiums

Heute berieten wir in einer Vollversammlung über unseren Verfassungsentwurf und stimmen ihm voll zu.

Wir Arbeiter und Angestellten der Abteilung Maschinen und Wirtschaftseinrichtungen sind uns bewußt, daß

Stimmen zum Verfassungsentwurf

wir die Verfassung nur mit Leben erfüllen können, wenn wir alle unser Bestes geben. Das bedeutet für uns Verbesserung des Essens und der Versorgung der Angehörigen der Technischen Universität und der Studenten, volle Ausnutzung der Arbeitszeit und rationelles Arbeiten in allen Abteilungen, Qualifizierung unserer jungen Kräfte.

Wir werden das Gespräch um die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik auch in allen Gruppen fortsetzen.
8. Februar 1968

Die Genossen und Gewerkschaftsmitglieder der Volkerversammlung

Ein Forum von 70 Wissenschaftlern der Fakultät für Forstwirtschaft beriet über Fragen der Profilierung in Ausbildung und Forschung. Sie erklärten unter anderem:

„Eine hohe Verpflichtung erwächst der Fakultät für Forstwirtschaft aus dem Gebiete der Forschung aus dem Artikel 12, Abschnitt 2, des Verfassungsentwurfes, in dem es heißt: „Im Interesse des Wohlergehens der Bürger und einer sinnvollen Nutzung des Naturerbes obliegt dem Staat und der Gesellschaft der Schutz der Natur durch die Erhaltung des Bodens, die Reinhaltung des Wassers und der Luft und die gesunde Entwicklung der Pflanzen- und Tierwelt.“ Zur Erfüllung dieser Aufgaben wollen sie ihre Kraft einsetzen.“

WARUM SAGEN WIR IM VERFASSUNGSENTWURF, DIE DDR IST EIN SOZIALISTISCHER STAAT DEUTSCHER NATION?

Diese Frage stellten unter anderem die Teilnehmerinnen eines Frauenforums, das in der vorigen Woche den Verfassungsentwurf beriet.

Unsere Antwort lautet:

Diese Festlegung, die das Kapitel über die Grundlagen unseres Staates einleitet, faßt präzise das historische Neue in der Entwicklung der deutschen Nation. In ihr ist der entscheidende geschichtliche Fortschritt formuliert, der die Gegenwart eines Teiles dieser Nation bestimmt, die Zukunft der ganzen Nation bestimmen wird und den Gang der Dinge auf dem europäischen Kontinent tief und nachhaltig beeinflusst.

Jawohl, es gibt eine deutsche Nation! Diese deutsche Nation wurde jedoch im Ergebnis des Krieges des faschistischen deutschen Imperialismus von den Westmächten gespalten. Seitdem der westdeutsche Separatstaat gebildet wurde und durch die Pariser Verträge vom deutschen Staatsverband losgelöst worden ist, gibt es zwei Staaten deutscher Nation: Im östlichen Teil Deutschlands einschließlich der Hauptstadt der DDR, Berlin, lebt das Staatsvolk der Deutschen Demokratischen Republik, und im Westen lebt das Staatsvolk der westdeutschen Bundesrepublik.

Lieber in einem Teil die Macht behaupten, als sie im ganzen Deutschland an die Verfechter des historischen Fortschritts zu verlieren, das war der Gedanke, der das Monopolkapital leitete.

Die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei hat in der DDR im Bunde mit allen Werktätigen in zwei Jahrzehnten und zwei Revolutionen die geschichtlichen Lehren gezogen und die Verderber Deutschlands entmachtet. In diesem unserem Vaterland ist der Sozialismus zu einer unwiderstehlichen Tatsache geworden. Wir konnten uns die Aufgabe stellen, ihn zu einem vollentwickelten Gesellschaftssystem auszubauen. So war die Zeit gekommen, verfassungsrechtlich zu fixieren, daß unsere Republik ein sozialistischer Staat deutscher Nation ist, der erste Staat in der Geschichte Deutschlands, der ganz im Interesse der Nation handelt. Diese Worte tragen gleichzeitig der Tatsache Rechnung, daß in Gestalt der westdeutschen Bundesrepublik aber auch ein imperialistischer Staat deutscher Nation existiert,

sehr im Widerspruch zum nationalen Interesse. So entspricht die Feststellung in der Verfassung der gegenwärtigen Realität im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden.

Die neue, sozialistische Verfassung der DDR dient der Festigung des deutschen Staates, der die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen und das Potsdamer Abkommen verwirklicht hat, und mit seiner Politik des Sozialismus und des Friedens, der sozialen Sicherheit und des gesellschaftlichen Fortschritts der ganzen deutschen Nation den Weg in die Zukunft weist. Deshalb dient alles, was den antimonopolistischen, sozialistischen deutschen Staat, die DDR, stärkt, der Überwindung des Imperialismus auch in Westdeutschland. Das aber ist gerade die Voraussetzung zur Lösung der nationalen Frage.

Der Verfassungstext zeigt zugleich die Perspektive dieses Kampfes. In Artikel 8, Absatz 2 ist formuliert, daß die Vereinigung beider deutscher Staaten auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus von der DDR erstrebt wird. Die Verfassung kennzeichnet dieses Ziel als ein Ergebnis, das notwendigerweise am Ende eines relativ langen und schwierigen historischen Prozesses steht, dessen gegenwärtig notwendige erste Schritte klar gekennzeichnet werden: Herstellung und

Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit beider deutscher Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Die Verfassung geht also auch hier von der nüchternen Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Klassenkampf aus und trennt sorgfältig das heute Mögliche und Nötige von dem Ziel auf lange Sicht.

Vertief die sozialistische Verfassung der DDR die Spaltung Deutschlands?

Um diese Frage zu beantworten, muß man wissen, warum und von wem Deutschland gespalten worden ist. Deutschland wurde von der Regierung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals gespalten, um in Westdeutschland die Herrschaft des Monopolkapitals zu erhalten und Westdeutschland in Europa zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen den Sozialismus auszubauen. Die Spalter Deutschlands sitzen in Bonn und Washington.

Mit der billigen Behauptung, die neue, sozialistische Verfassung der DDR vertiefe die Spaltung, versuchen jetzt die herrschenden Kräfte in Westdeutschland, ihre antinationale und volksfeindliche Politik zu tarnen. Sie wollen sie fortführen gegen den Willen und Widerstand der Mehrheit der westdeutschen Bürger, die sich zur Anerkennungsparität formiert hat; sie wol-

len sie fortsetzen gegen die wachsende Zahl derer, die in Demonstrationen das reaktionäre Bonner System verurteilen.

In Artikel 8 Absatz 2 des Verfassungsentwurfes wird festgestellt: „Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger streben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“

Niemals wieder wird es ein vereinigtes imperialistisches Gesamtdeutschland geben. In diesem Sinne wird unsere neue, sozialistische Verfassung als das grundlegende Gesetz des von Ausbeutung befreiten Volkes in der DDR den antimonopolistischen, demokratischen Kräften in Westdeutschland Impuls und Orientierung sein, um letzten Endes auch dort die Macht der Monopole, des Militarismus und Neonazismus zu überwinden und die demokratische Macht des werktätigen Volkes zu erringen.

Dieser Weg entspricht völlig den Interessen der Bevölkerung der DDR und Westdeutschlands sowie aller Völker Europas. Er dient der europäischen Sicherheit und der internationalen Entspannung.

DIE ANTWORT
AUF FRAGEN ZUM VERFASSUNGSENTWURF